

Auszug aus dem Protokoll des Grossen Gemeinderates vom 21. November 2022

132

Wertstoff-Sammelstellen - Bauherrschaften von grösseren Wohnbauprojekten verpflichtet / Motion SVP-Fraktion (T. Fischer)

Ausführungen des Gemeinderates

Rudolf Thomann: Mit dieser Motion werden grundsätzlich offene Türen eingetreten. Unterfluranlagen wären überall sehr erwünscht, oftmals fehlt aber der Platz und es generiert hohe Kosten bei der Erstellung. Dass man, wie in der Motion gefordert, künftig bei Bauten ab 30 Wohneinheiten ein solches Containersystem erstellen soll, ist aus diversen Gründen nicht überall möglich. Es stellt sich auch die Frage, warum ab 30 Wohneinheiten. Könnte dies nicht schon ab 25 oder erst ab 35 Einheiten sein. Begrüsst wird auch die Idee, solche Möglichkeiten auch in Einkaufszentren anzubieten. Um dieser Motion gerecht zu werden, muss man hier, wie in der Antwort des Gemeinderates unter Fazit beschrieben, das Abfall- und/oder das Baureglement anpassen. Das heisst, dass juristische Abklärungen vorgenommen werden müssten. Gestützt auf die letzte Gemeinderatssitzung vom 16. November 2022, wo bereits über die abgeänderte Motion ohne Terminvorgabe diskutiert wurde, kann der Gemeinderat der Überweisung nicht zustimmen und hält daran fest, dass er einer Umwandlung in ein Postulat zustimmen könnte. Es gibt noch zu viele zu klärende Punkte, wo der Ausgang zum heutigen Zeitpunkt noch unsicher ist. Es wäre nicht seriös, wenn der Gemeinderat einer Überweisung der Motion zustimmen könnte. Jolanda Brunner hat vorhin bereits ausgeführt, dass Postulate nicht einfach in einer Schublade verschwinden.

Stellungnahme des Motionärs:

Thomas Fischer (SVP): Er bedankt sich beim Gemeinderat sowie der Abteilung Tiefbau/Werkhof für die Stellungnahme. Wenn dieses Anliegen offene Türen eintritt, hätte er keine Motion eingereicht. Zu den Hauptpunkten seiner Motion: Die Anwohnerinnen und Anwohner sollen motiviert werden, ihren Abfall zu trennen, diesen umweltgerecht entsorgen, indem sie diesen in unmittelbarer Nähe ihrer Wohnung/Überbauung eine Sammelstelle vorfinden. Die Abfuhr soll effizienter und dementsprechend kostengünstiger ausgeführt werden. Mit Sammelstellen direkt bei Überbauungen kann der Motorfahrzeugverkehr reduziert werden. Dies erhöht auch die Verkehrssicherheit. Unterflurcontainer wirken sich im Gegensatz zu den hässlichen Oberflurcontainern positiv auf das Ortsbild aus. Gemäss Fazit des Gemeinderates müssen vertiefte Abklärungen vorgenommen werden, welche nicht bis 2024 vorgenommen werden können. Ausserdem erwähnt der Gemeinderat in seinem Bericht, dass sich die Abteilung Tiefbau/Werkhof mit der vorliegenden Thematik auseinandersetzt. In Anbetracht des erkennbaren Willens des Gemeinderates, die Bestrebungen in diesem Bereich weiterzuführen und die vielen offenen Fragen vertieft abzuklären sowie die Bestimmungen für zukünftige ZPPs aufzunehmen, hält er an seinem Vorstoss fest. Er verzichtet jedoch auf die Frist bis 2024. Dies auch im Zusammenhang, dass das Bau- und das Abfallreglement erst bei der nächsten Ortsplanungsrevision geändert werden können. Die Ausgangslage und die Begründung bleiben gleich. Namens der SVP-Fraktion bedankt man sich für die Überweisung der angepassten Motion ist gespannt auf die folgenden Voten.

Anpassung der Motion

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Bauherrschaften von neuen Wohnbauprojekten mit mehr als 30 Wohneinheiten ~~ab 2024~~ zu verpflichten, Wertstoff-Sammelstellen mit Unterflur-Containern in ihre Überbauungen einzuplanen und zu erstellen.

Fraktionssprecher

Kurt Bodmer (SP): Die SP-Fraktion kann diesem Anliegen in Form eines Postulates zustimmen. Die Kurzfristigkeit wurde nun zwar geändert. Es gibt aber bereits eine Arbeitsgruppe «Abfallcockpit». Es mutet komisch an, dass Private die Container finanzieren sollen und die Gemeinde entsorgt den Abfall. Man benötigt Platz für den Entsorgungslastwagen und es stellt sich die Frage, ob die Leute bereit sind, so viel Platz zur Verfügung zu stellen. Dürfen andere Leute ihren Abfall auch dort entsorgen oder nur die direkten Bewohner dieser Wohneinheiten? Im Weiteren ist nach gewisser Zeit ein Gebührenanstieg nötig und wer bezahlt den Unterhalt dieser Anlagen usw. Man ist der Ansicht, dass zuerst die Abklärungen getätigt werden, bevor dies realisiert wird.

Benjamin Ritter (GS): Er dankt Thomas Fischer für die Motion auch in der abgeänderten Form. Im Grossen und Ganzen werden sehr kurze Wege für die Entsorgung begrüsst. In letzter Zeit sind Entsorgungsstellen (Glas, Alu etc. aber ohne allgemeinen Hauskehricht) in Verkaufsläden entstanden und nahe Wege können gewährleistet werden. Im Auftrag der Gemeinde muss daran gedacht werden, wie die Probleme in Überbauungen gelöst werden können. Kinder könnten somit selbst die Entsorgungen tätigen. Beim Bauprojekt in der Neumatte sollte eine Entsorgungsstelle geplant werden, damit man nicht die Simmentalstrasse überqueren muss, um die Entsorgungsstelle beim Werkhof zu erreichen. Man sieht hier Potenzial, damit man die Angelegenheit übergeordnet betrachtet. Die Gemeinde muss den Auftrag haben, die guten Standorte für das ganze Quartier zu ermöglichen, damit kurze Wege gewährleistet werden können. Es ist auch wichtig, dass der Standort gegenüber der Post der Zentrumsentwicklung Stand hält und nicht einfach so verschwindet. Die Finanzierung durch Private und wer alles die Sammelstelle benutzen darf muss noch abgeklärt werden. Man sieht jedoch eher, dass sich die Gemeinde an den Kosten beteiligt und das Problem übergeordnet betrachtet wird. Die GS-Fraktion würde das Anliegen gerne als Postulat überweisen, damit man am Ball bleibt und die Gesamtplanung der Abfallentsorgung vorangetrieben wird. Man sieht es nicht, dass Private dieses Projekt unterstützen müssen. Für den Anstoss wird gedankt und es wird gehofft, dass man in Zukunft den Abfall mobil und zu Fuss entsorgen kann.

Sitzungsunterbruch von 16.50 – 17.00 Uhr

Allgemeine Diskussion

Thomas Fischer: Er hält nach Absprache mit der Fraktion an der Motion fest und fügt noch folgendes Wort ein:

Anpassung der Motion

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Bauherrschaften von neuen Wohnbauprojekten mit mehr als 30 Wohneinheiten ~~ab 2024~~ zu verpflichten, **öffentlich zugängliche** Wertstoff-Sammelstellen mit Unterflur-Containern in ihre Überbauungen einzuplanen und zu erstellen.

Sitzungsunterbruch von 17.05 – 17.10 Uhr

Rudolf Thomann: Man kann nicht auf Privatgrund verlangen, dass dort ein Container öffentlich zugänglich ist. Zumindest kann man dies bis heute nicht. Wenn der Motionär an dieser Formulierung festhält, kann der Gemeinderat das Anliegen nicht einmal als Postulat zur Annahme empfehlen. Für den Gemeinderat ist klar, dass die Motion, wie sie nun dasteht, ohne Beschränkung der Jahrzahl als Postulat überwiesen werden kann. Mit der zweiten Änderung müsste man von beiden Varianten (Motion und Postulat) Abstand nehmen. Die rechtliche Situation ist überhaupt nicht geregelt. Auf einem privaten Grundstück kann keine Sammelstelle erstellt werden, welche dann öffentlich sein soll. Dies benötigt vertiefte Abklärungen.

André Sopranetti (SP): Der Motionär bringt die SP-Fraktion und wohl auch noch andere in ein Dilemma. Das Thema ist super und man ist froh, dass etwas geht. Nun kommt aber alles durcheinander. Das Votum von Rudolf Thomann war nachvollziehbar. Es wäre ein komisches Zeichen, wenn bei Siedlungen mit 30 Wohnungen mit 60 – 80 Leuten, grosse Container versenkt werden mit x-m3-Inhalt. Diese wären erst nach mehreren Jahren gefüllt. Deshalb ist es sinnvoll, wenn die Gemeinde ein Konzept erstellt, dass diese Sammelstellen zu Fuss erreichbar sind und auch von anderen Nachbarn benutzt werden dürfen. Auf der anderen Seite wäre die Bauherrschaft wohl nicht erfreut, wenn sie auch für andere Nachbarn eine solche Anlage erstellen muss. Das Problem kann wohl nur gelöst werden, wenn die Motion in ein Postulat umgewandelt wird. Diesem könnte die SP-Fraktion auch zustimmen.

Andrea Frost (FDP): Die FDP-Fraktion kann die Motion in der alten Form unterstützen. Eine öffentliche Zugänglichkeit wäre eine materielle Enteignung. Deshalb wird die FDP-Fraktion das Anliegen in dieser Form auch als Postulat ablehnen.

Benjamin Ritter (GS): Das Konzept wäre schwierig umzusetzen mit Enteignungen. Es wäre wirklich der Auftrag der Gemeinde, ein Abfallkonzept zu erstellen über die ganze Gemeinde. Die GS-Fraktion hat Stimmfreigabe beschlossen. Man kann feststellen, dass in dieser Angelegenheit etwas gehen muss.

Andreas Grünig (SVP): Das Anliegen der SVP-Fraktion ist, dass man gerne Nägel mit Köpfen macht. Deshalb wollte man kein Postulat und man will an der Form der Motion festhalten. In den ersten Voten konnte festgestellt werden, dass gewisse Begehrlichkeiten betreffend Öffentlichkeit vorhanden sind und deshalb wurde die Motion mit «öffentlich zugängliche» ergänzt. Es stellt sich nun die Frage, wie eine gemeinsame Lösung erreicht werden kann. Die meisten hier können die Grundidee nachvollziehen. Hier soll ein Zeichen gesetzt werden und man befürchtet, dass ein Postulat das Ganze ein wenig verwässert. Er ist nicht für Enteignungen, aber bei Überbauungen wird auch vorgeschrieben, dass Kinderspielplätze erstellt werden müssen. Hier kann man auch nicht verbieten, dass Kinder auf diesem Spielplatz nicht spielen dürfen. Das Ganze ist deshalb komplex. Er überlässt es dem Motionär, das Anliegen abzuändern oder nicht. Es stellt sich die Frage, warum man das Anliegen nicht umsetzen kann. Es wäre der Auftrag an die Exekutive, hier eine Lösung zu finden, damit keine Enteignungen vorgenommen werden müssen, aber gleichwohl die Bauherrschaft einer grösseren Überbauung ab 30 Wohneinheiten einen solchen unterirdischen Raum zur Verfügung stellen muss für einen öffentlichen Zweck.

Andreas Blaser (EVP): Auch die EVP-Fraktion findet das Anliegen begrüssenswert. Man sieht auch, dass bei 30 Wohneinheiten eine solche unterirdische Sammelstelle gebaut werden kann. Man sieht das Anliegen in Form eines Postulates und man stützt sich auf die Aussage von Jolanda Brunner, dass Postulate nicht einfach in Schubladen verschwinden.

Matthias Maibach (FS/GLP): Die FS/GLP-Fraktion kann der Motion ohne «öffentliche» und ohne Jahrzahl unterstützen. Die Thematik ist wichtig und kann in der Form nach der ersten Anpassung unterstützt werden.

Thomas Fischer: Es ist spannend festzustellen, dass nach zwei Sitzungsunterbrüchen plötzlich alle etwas zu diesem Anliegen vorgebracht haben. Er dankt für die Voten. Er kommt zurück auf Start und möchte über die Motion in der folgenden Form abstimmen lassen:

Anpassung der Motion

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Bauherrschaften von neuen Wohnbauprojekten mit mehr als 30 Wohneinheiten ~~ab 2024~~ zu verpflichten, ~~öffentlich zugängliche~~ Wertstoff-Sammelstellen mit Unterflur-Containern in ihre Überbauungen einzuplanen und zu erstellen.

Beschluss

Der Antrag des Gemeinderates, die Motion der SVP-Fraktion (T. Fischer) betreffend Wertstoff-Sammelstellen nicht überweisen zu lassen **wird mit 15 : 17 Stimmen, bei 3 Enthaltungen abgelehnt und die Motion wird überwiesen.**

NAMENS DES GEMEINDERATES

Die Präsidentin Die Sekretärin

J. Brunner

T. Brunner

Geht an

-